Bekanntmachung

Feststellung des Ergebnisses der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Ralf Otten Biogas GmbH & Co. KG, Ölwerkstraße 96, 49744 Geeste, beantragt die Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage durch Errichtung und Betrieb eines Gärrestlagers (Durchmesser: 32 m, Höhe: 8 m, Volumen brutto: 6.434 m³) mit Behälterumlauf und Entnahmeplatz, die Umplanung der Havarieeinrichtungen sowie die Änderung der genehmigten Inputstoffe und dadurch die Reduzierung der produzierten Biogasmenge auf ca. 3,89 Mio. Nm³/a. Das Vorhaben befindet sich in der Gemarkung Dalum, Flur 31, Flurstück 9/1.

Für dieses Vorhaben war gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 4 UVPG i. V. m. Nr. 8.4.2.1 der Anlage 1 zum UVPG die Durchführung einer Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich.

Im Rahmen dieser Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wurde nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG festgestellt, dass für das Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Es handelt sich um die Erweiterung und Änderung einer bestehenden Biogasanlage. Insgesamt wird durch das beantragte Vorhaben eine Fläche von ca. 862 m² neu versiegelt. Die natürlichen Bodenfunktionen gehen hier verloren. Die Flächenversiegelung findet auf einem Betriebsgelände und einer kleinen isolierten Grünfläche ohne besondere Biotopfunktion im überwiegend landwirtschaftlich genutzten Raum statt. Die Flächen sind bereits anthropogen überformt, wertvolle Flächen sind somit nicht betroffen. Anfallendes, nicht verunreinigtes Oberflächenwasser wird in den Untergrund abgeleitet. Nicht abgeleitetes Oberflächenwasser kann in den Seitenräumen dem Grundwasser zugeleitet werden. Erhebliche Beeinträchtigungen der Grundwasserneubildung und des Wasserhaushalts können so vermieden werden.

Durch das Vorhaben erfolgen zwar ein Verlust einer kleinen Grünfläche und eine Versiegelung von Boden und damit ein Verlust von Lebensraum für manche Arten. Es handelt sich jedoch um kleinräumige Verluste. Bei der Grünfläche handelt es sich um einen jungen Gehölzbestand in isolierter Lage innerhalb des Betriebes. Des Weiteren sind durch die hofumfassende Eingrünung ausreichend Ausweichmöglichkeiten bzw. Ersatzbiotope vorhanden. Außerdem sind Vermeidungsmaßnahmen zum Schutz von Arten vorgesehen. Eine Abnahme von Biodiversität ist durch dieses Vorhaben nicht zu erwarten.

Die bereits in Betrieb befindliche Biogasanlage emittiert aus dem aktuellen Betrieb Lärm, Geruch und Abgas, welche durch den geplanten Zubau sowie die geänderten Inputstoffe lediglich geringfügig mehr Emissionen hervorrufen wird.

Die bestehende Biogasanlage fällt bereits unter die Pflichten der Störfall-Verordnung. Aufgrund der Örtlichkeit und räumlichen Entfernung zum nächstgelegenen Wohnhaus ist von keiner Verböserung der Situation und somit von keiner Auswirkung, ausgehend von der Biogasanlage, auszugehen.

Im Ergebnis sind unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 3 keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Abs. 1 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten. Für das Vorhaben besteht demnach keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Feststellung des Ergebnisses wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist (§ 5 Abs. 3 UVPG).

49716 Meppen, den 24.03.2025

Landkreis Emsland
Der Landrat